

1  
2 **Beschluss der 99. Vollversammlung**

3  
4  
5 Enquete Kommission Jugend und Politik: Ergebnisse verwirklichen

6  
7 Der Landesjugendring und seine Mitgliedsverbände fordern von der Landesregierung unter  
8 Einbeziehung der Mitglieder des Landtags, die Ergebnisse der Enquete Kommission 14/3  
9 „Jugend und Politik“ ehrlich, zügig und nachhaltig umzusetzen.

10  
11 Die Einsetzung der Enquetekommission 14/3 durch das Land Rheinland-Pfalz wurde vom  
12 Landesjugendring sehr begrüßt und die Arbeit der Kommission vom Landesjugendring aktiv  
13 unterstützt. Der Landesjugendring hat den Abschlussbericht der Kommission und den Bericht  
14 zur Umsetzung der Empfehlungen des Ministeriums für Bildung, Frauen und Jugend vom März  
15 2006 mit großem Interesse und Wohlwollen zur Kenntnis genommen.

16 Mit diesem Antrag bezieht der Landesjugendring Rheinland-Pfalz gleichzeitig Stellung zu den  
17 Ergebnissen der Kommission.

18  
19 1. Voraussetzungen für gelingende Beteiligung

20  
21 1.1.Grundsätzlich gilt: Begegnung kann Vertrauen schaffen.

22 Auch aus den Empfehlungen der Enquetekommission geht hervor, dass direkte  
23 Begegnungen dringend nötig sind. Diese Begegnungen und der Dialog zwischen  
24 Jugendlichen und Politik müssen geprägt sein von:

- 25 - Der Bereitschaft zur Kommunikation  
26 - Freundlichkeit  
27 - Offenheit  
28 - Gegenseitiger Wertschätzung  
29 - Achtung voreinander und vor den jeweiligen Unterschieden  
30 - der Bereitschaft aller Betroffenen, echte Beteiligung zu wollen.

31  
32 1.2 Wenn junge Menschen motiviert werden sollen, sich stärker für Politik zu interessieren,  
33 sollte ihr Bedürfnis nach einem lebendigen „emotionalen“ Umgang mit politischen  
34 Themen und Strukturen ernst genommen werden.

35  
36 Dazu bedarf es einer

- 37  
38 - größeren Transparenz politischer Prozesse,  
39 - neuer kreativer Methoden der Politikvermittlung und vor allem  
40 - einer stärkeren Einbeziehung unterschiedlichster Stimmen in den politischen Diskurs –  
41 Stimmen von Kindern, Jugendlichen, alten Menschen, Frauen, Männern, von  
42 Menschen aus anderen Kulturen und aus verschiedenen Milieus.

43  
44 1.3 Alle Beteiligten werden aufgefordert, diese Voraussetzungen zu schaffen, ohne die es  
45 keinen wirksamen Dialog geben kann. Die Überwindung der Distanz zwischen Jugend  
46 und Politik(erInnen) muss das gemeinsame Ziel sein, zu dessen Erreichung alle  
47 verantwortlichen Akteurinnen und Akteure aus den Feldern Jugend und Politik ihren Anteil  
48 beizutragen haben. Dazu gehören auf Landesebene vor allem die Mitglieder der  
49 Landesregierung, die Abgeordneten des rheinland-pfälzischen Landtages, aber auch die  
50 öffentlichen und freien Träger der Jugendarbeit, hier nicht zuletzt der Landesjugendring  
51 als Arbeitsgemeinschaft von 21 landesweit arbeitenden Jugendverbänden.  
52

53 2. Der Landesjugendring und seine Mitgliedsverbände fordern, die folgenden konkreten  
54 Schritte zur Umsetzung der Empfehlungen einzuleiten:  
55

#### 56 2.1 Regelmäßige Erstellung eines Kinder- und Jugendberichtes für Rheinland-Pfalz

57 Um den Ergebnissen der Enquetekommission eine nachhaltige Perspektive zu geben,  
58 fordern wir die Landesregierung auf, einen Kinder- und Jugendbericht für Rheinland-  
59 Pfalz zu erstellen, der kontinuierlich die Entwicklungen, Erfordernisse und Prozesse in der  
60 Jugendhilfe und der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen beschreibt.

#### 61 2.2 Ausbau der politischen Mitbestimmung von Jugendlichen

62 Um die Distanz zwischen Jugend und Politik abzubauen fordern wir die  
63 Landesregierung auf, sich für eine jugendgerechte und wirksame Partizipation von  
64 jungen Menschen auf allen politischen Ebenen einzusetzen. Daher fordern wir unter  
65 anderem die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Es kann nicht sein, dass  
66 Jugendliche bereits mit 16 Jahren strafmündig sind, ihre Religion und ihre Ausbildung  
67 selbst wählen können, von politischer Mitbestimmung aber bisher ausgeschlossen sind.  
68 Eine Absenkung des Wahlalters ist darüber hinaus ein deutliches Signal an  
69 Jugendliche, dass Politik Kinder und Jugendliche ernst nimmt.

#### 70 2.3 Stärkung außerschulischer Bildungsträger

71 Jugendverbände sind ein wichtiger Baustein für eine demokratisch tragfähige  
72 Gesellschaft – heute und in der Zukunft. Sie tragen schon heute ihren Teil dazu bei, die  
73 Distanz zwischen Jugendlichen und Politik zu überwinden. Jugendverbände stellen  
74 hierfür geeignete Betätigungsfelder als auch ein ganzheitliches Bildungsangebot zur  
75 Verfügung. Um dies auch zukünftig leisten zu können, müssen außerschulische  
76 Bildungsträger in ihren Strukturen gestärkt und ihre Bildungsangebote ausgebaut  
77 werden.

78 Kinder und Jugendliche brauchen verlässliche und stabile Angebote der  
79 Jugendarbeit und außerschulischen Jugendbildung. Deshalb muss  
80 Jugendverbandsarbeit stärker gefördert werden. Dazu bedarf es einer  
81 kontinuierlichen Unterstützung in finanzieller und ideeller Form durch das Land und  
82 nicht zuletzt die Kommunen.

83 Wir brauchen eine bessere, an die reale Kostensteigerung angepasste Regelförderung  
84 sowie einen Ausbau der Projektförderung.  
85

86 Informelle Bildung muss darüber hinaus in der öffentlich geführten Bildungsdebatte  
87 endlich den bedeutsamen Platz erhalten, den ihr die Wissenschaft seit Jahren  
88 bescheinigt denn: Jugendverbandsarbeit ist ein unverzichtbares Lern- und  
89 Erfahrungsfeld für Demokratie und Gesellschaft.

90  
91  
92

- 93  
94 3. Der Landesjugendring und seine Mitgliedsverbände tragen ihren Teil verantwortlich dazu  
95 bei, die Distanz zwischen Jugend und Politik zu verringern.  
96  
97 3.1. Jugendverbände sind demokratische Lern- und Bildungsorte  
98  
99 - Sie stellen Angebote zur politischen Bildung für Kinder und Jugendliche bereit und  
100 bieten somit Lernfelder für Demokratie und gesellschaftliche Verantwortung.  
101 - Sie stellen Bildungsangebote mit einem ganzheitlichen Bildungsansatz und  
102 Betätigungsfelder für persönliche, soziale und gesellschaftliche Bildungsprozesse zur  
103 Verfügung.  
104 - Sie vermitteln Kindern und Jugendlichen Erfahrungen mit anderen Kulturen und tragen  
105 damit dazu bei, dass Kinder und Jugendliche in einem toleranzförderlichen Klima  
106 aufwachsen.  
107 - Sie leisten einen wichtigen Beitrag zu einer offensiven, umfassenden und nicht  
108 nachlassenden Aufklärung von Kindern und Jugendlichen über rechtsextreme  
109 Aktivitäten und Ideologien.  
110 - Sie bieten sinnstiftende Projekte und Gruppenerlebnisse, um extremistischen Parteien  
111 und Parolen den Nährboden zu entziehen.  
112 - Sie bieten Lernfelder zur Bewältigung von Konflikten und schaffen ein Klima von  
113 Respekt und gegenseitiger Wertschätzung  
114  
115 3.2 Jugendverbände als Orte der Selbst- und Mitbestimmung  
116  
117 - Sie verstehen sich als Orte der inhaltlichen Selbstbestimmung von Kindern und  
118 Jugendlichen und gelingender Beteiligungsmöglichkeiten auch innerhalb der  
119 eigenen Organisation. Kinder und Jugendliche entscheiden in Jugendverbänden  
120 eigenständig über Themen, Arbeitsformen und Ziele der Arbeit.  
121  
122 3.3 Begleitung, Beratung und Unterstützung  
123  
124 - Sie stellen Kindern und Jugendlichen beratende und begleitende Personen zur Seite,  
125 die sie auf ihrem Weg der persönlichen Zielfindung in einem überschaubaren  
126 Zeitraum unterstützen und damit dem Gefühl der Vereinzelung, Entsolidarisierung,  
127 Diskriminierung und Perspektivlosigkeit entgegen treten.  
128 - Sie verstehen sich als Bindeglied zwischen Jugendlichen und Politik. Sie bieten  
129 Plattformen zur Begegnung und fungieren als Moderatorinnen und Moderatoren im  
130 Diskurs zwischen Jugendlichen und Politik.  
131 - Sie entwickeln gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen Beteiligungsprojekte auf  
132 unterschiedlichsten Ebenen, um deren politische und gesellschaftliche  
133 Mitwirkungsmöglichkeiten auszuweiten.  
134  
135 3.4. Absicherung der Strukturen  
136  
137 - Sie mischen sich ein und tragen dafür Sorge, dass die Träger der Jugendarbeit in  
138 Rheinland Pfalz finanziell, personell und räumlich ausreichend ausgestattet werden, um  
139 Kindern und Jugendlichen wirksame und nachhaltige Beteiligungsangebote machen  
140 zu können.  
141 - Sie fordern eine stärkere Unterstützung, Förderung und Auszeichnung von  
142 modellhaften Projekten der Jugendverbände zum Thema Partizipation durch das  
143 Land Rheinland-Pfalz.  
144 - Sie tragen dazu bei, dass sich Jugendverbände und Schule als gleichberechtigte  
145 Bildungspartner begegnen.  
146 - Sie fordern eine stärkere Anerkennungskultur für das gesellschaftliche Engagement  
147 von Kindern und Jugendlichen durch Politik, Schule und Arbeitgeber.



148  
149 Der Landesjugendring und die Jugendverbände sehen sich als wichtige Partner für die  
150 Entwicklung einer tragfähigen Gesellschaft für heute und morgen. Sie tragen ihren Teil dazu  
151 bei, die drohende Distanz zwischen Jugendlichen und Politik zu überwinden. Die  
152 gesellschaftliche Funktion von Kinder und Jugendliche darf nicht erst mit dem Eintritt ins  
153 Wahlalter wahrgenommen werden. Denn Kinder und Jugendliche werden die Zukunft  
154 gestalten, dazu brauchen sie Beratung, Begleitung und Vorbereitung. Der Landesjugendring  
155 und die Jugendverbände unterstützen sie dabei.